



Detailansicht des Registereintrags

DGRV - Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V.

Stand vom 04.02.2025 09:42:58 bis 02.04.2025 18:06:28

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001349
Ersteintrag:	24.02.2022
Letzte Änderung:	04.02.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	25.06.2024
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	Adresse: Linkstraße 12 10785 Berlin Deutschland Telefonnummer: +4930726220900 E-Mail-Adressen: kneistler@dgrv.de wieg@dgrv.de anton.mohr@dgrv.de Webseiten: www.dgrv.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Öffentliche Zuwendungen, Wirtschaftliche Tätigkeit, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

650.001 bis 660.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

3,07

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Jan Holthaus**
Funktion: Mitglied des Vorstandes
2. **Dieter Gahlen**
Funktion: Besonderer Vertreter

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (14):

1. **Sina Papstein**
2. **Michael Schlang**
3. **Dr. Andreas Wieg**
4. **René Groß**
5. **Jonas von Obernitz**
6. **Anton Mohr**
7. **Benjamin Dannemann**
8. **Andreas Kappes**
9. **Steffen Müller**
10. **Klaudia Marcus**
11. **Nina Hildebrandt**
12. **Sylvia Bitterwolf**
13. **Jan Holthaus**
14. **Dieter Gahlen**

Gesamtzahl der Mitglieder:

15 Mitglieder am 30.01.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (6):

1. DRSC Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e.V.
2. IDW Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
3. BEE Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE)
4. DER MITTELSTANDSVERBUND - ZGV e.V.
5. International Cooperative Alliance aisbl
6. REScoop.eu asbl

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (34):

Sonstiges im Bereich "Außenpolitik und internationale Beziehungen"; Berufliche Bildung; Parlamentarisches Verfahren; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; Entwicklungspolitik; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Cybersicherheit; Kriminalitätsbekämpfung; Land- und Forstwirtschaft; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Politisches Leben, Parteien; Ländlicher Raum; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Zivilrecht; Sonstiges im Bereich "Recht"; Sonstiges im Bereich "Sport, Freizeit und Tourismus"; Artenschutz/Biodiversität; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Bank- und Finanzwesen; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der DGRV – Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V. (DGRV) ist Dachverband der deutschen Genossenschaftsorganisation. Er ist Spitzenverband sowie Prüfungsverband im Sinne des Genossenschaftsgesetzes und umfasst über seine Mitgliedsverbände die Kreditgenossenschaften, die ländlichen und die gewerblichen Genossenschaften sowie die Energie- und Konsumgenossenschaften. Der DGRV hat seinen Sitz in Berlin und unterhält Geschäftsstellen in Bonn und in Brüssel.

Der DGRV vereint über seine Mitgliedsverbände derzeit 5.142 Genossenschaften mit 19,15 Millionen Mitgliedern. Statistisch gesehen ist damit fast jeder vierte Bundesbürger Mitglied in einer ländlichen, gewerblichen, Kredit-, Energie- oder Konsumgenossenschaft. Zentrale Aufgaben des DGRV sind neben der Prüfung sowie der Beratung und Förderung der Verbandsmitglieder die Weiterentwicklung des Genossenschaftswesens und des genossenschaftlichen Prüfungswesens sowie der Rechnungslegung.

Der DGRV vertritt die gemeinsamen wirtschafts-, rechts- und steuerpolitischen Belange der Genossenschaften gegenüber nationalen und internationalen Standardsetzern und Gesetzgebern. Über Positionspapiere, Stellungnahmen, Gutachten oder Fach- und Podiumsveranstaltungen werden die Mitglieder des Deutschen Bundestags und der Bundesregierung informiert. Inhaltliche Schwerpunkte sind Fragen der Rechnungslegung und Prüfung, des Genossenschafts- und Steuerrechts sowie energie- und entwicklungspolitische Themen.

In diesen Themenfeldern setzt sich der DGRV insbesondere für mittelstandsfreundliche, bürokratiearme gesetzliche Rahmenbedingungen, den Schutz der genossenschaftlichen Rechtsform und des genossenschaftlichen Prüfungswesens, eine bürgernahe Energiewende mit Genossenschaften sowie die Sozialstrukturförderung im Rahmen der

Entwicklungszusammenarbeit ein.

Der DGRV unterstützt in zahlreichen Projekten die Gründung von Genossenschaften und den partnerschaftlichen Ausbau von genossenschaftlichen Strukturen in den Ländern des Globalen Südens. Diese Entwicklungs- und Beratungsarbeit leistet er mit Unterstützung aus der Genossenschaftsorganisation u. a. mit Projektförderungen durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) sowie die Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB).

<https://www.dgrv.de/der-verband/>

Konkrete Regelungsvorhaben (14)

1. Nationale Umsetzung der CSRD (Corporate Sustainability Reporting Directive)

Beschreibung:

Die Umsetzung der CSRD in nationales Recht soll praxisgerecht und bürokratiearm erfolgen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 385/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12787 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen

Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur

Betroffenes geltendes Recht:

HGB [alle RV hierzu]; HGBEG [alle RV hierzu]; WiPrO [alle RV hierzu]; GenG [alle RV hierzu]; PubLG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2406130130 (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.04.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2409050004 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.09.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. SG2409050005 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.09.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. Novellierung des Genossenschaftsgesetzes

Beschreibung:

Zielsetzung ist die weitere digitale Modernisierung des Genossenschaftsgesetzes, insbesondere der digitale Beitritt zur Genossenschaft. Es sollen Maßnahmen zur Aufdeckung und Verfolgung unseriöser Genossenschaften ergriffen werden, die die seriösen Genossenschaften und Prüfungsverbände nicht unverhältnismäßig belasten dürfen. Zudem sind klare Vorgaben für Energiegenossenschaften erforderlich. Wir setzen uns für eine effektive genossenschaftliche Prüfung zum Schutz der genossenschaftlichen Rechtsform ein. Die Einführung einer starren Grenze für die Anzahl investierender Mitglieder in der Genossenschaft sowie im Vorstand der Genossenschaft lehnen wir ab, begrüßen aber Regelungen, die der transparenten Abgrenzung der investierenden Mitglieder von den übrigen Mitgliedern dienen.

Betroffenes geltendes Recht:

GenG [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); Zivilrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. [SG2408230003](#) (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.08.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. [SG2408230005](#) (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.08.2024 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

3. SG2501300020 (PDF - 13 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.01.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

3. Jahressteuergesetz 2024: Umsatzbesteuerung privater Bildungsleistungen / Umsatzsteuerpauschalierung gem. § 24 UStG

Beschreibung:

Die Umsatzsteuerbefreiung von Bildungsleistungen nach § 4 Nr. 21 UStG soll auch für private Bildungsträger erhalten bleiben. Die mit dem Jahressteuergesetz 2024 geplante Änderung, dass private Fortbildungsangebote zukünftig umsatzsteuerpflichtig sein sollen, lehnen wir ab.

Zudem sollte die geplante Änderung bei den umsatzsteuerlichen Durchschnittssätzen für Land- und Forstwirte (§ 24 Abs. 5 S. 4 UStG), die auch für die genossenschaftliche Landwirtschaft problematisch wäre, mit einem angemessenen zeitlichen Vorlauf für die Anwendung in der Praxis in Kraft treten.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 369/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMF): Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024) (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12780 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMF): Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 (Jahressteuergesetz 2024 - JStG 2024) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

UStG 1980 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406240261 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 24.05.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

4. **Beibehaltung und Stärkung des BMZ-Instruments der Sozialstrukturförderung**

Beschreibung:

Der Haushaltstitel der Sozialstrukturförderung (SSF: „Förderung entwicklungswichtiger Vorhaben der Sozialstruktur“) ist ein bewährtes Instrument des BMZ. Über die SSF werden wichtige sozialstrukturpolitische Transformationsprozesse in Ländern des Globalen Südens angeschoben. Zielsetzung ist, volatile Mittelzuweisungen oder dauerhafte Kürzungen dieses Haushaltstitels zu vermeiden bzw. diesen Haushaltstitel zu stärken.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/7800 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024 - HG 2024)

Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

HG 2024 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Entwicklungspolitik [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Außenpolitik und internationale Beziehungen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

5. **Einführung von Energy Sharing**

Beschreibung:

Mit der Einführung von Energy Sharing soll zum einen ermöglicht werden, sich zu einer Bürgerenergiegesellschaft zusammenzuschließen, um gemeinsam Erneuerbare-Energien-Anlagen zu betreiben und den selbsterzeugten Strom aus diesen Anlagen über das öffentliche Stromnetz gemeinsam zu nutzen. Zum anderen sollen Betreiber von Erneuerbare-Energien-Anlagen ihren Überschussstrom im regionalen Umkreis mit anderen Verbraucherinnen und Verbrauchern gemeinsam nutzen können.

Betroffenes geltendes Recht:

EEG 2014 [alle RV hierzu]; EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Erneuerbare Energien [[alle RV hierzu](#)]; EU-Gesetzgebung [[alle RV hierzu](#)]; Klimaschutz [[alle RV hierzu](#)]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (7):

1. [SG2406210178](#) (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.05.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [[alle SG dorthin](#)]

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

2. [SG2406210179](#) (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.05.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [[alle SG dorthin](#)]

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [[alle SG dorthin](#)]

3. [SG2407010009](#) (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.07.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [[alle SG dorthin](#)]

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

4. [SG2407290012](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.07.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

5. SG2407290013 (PDF - 20 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.07.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

6. SG2410010017 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.09.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

7. SG2410250018 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 08.10.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

6. Echte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an neuen Wind- und Photovoltaik-Freiflächen-Projekten einführen

Beschreibung:

Die Einführung einer gesetzlichen Regelung, die lediglich eine einfache (finanzielle) Bürgerbeteiligung vorsieht, sollte vermieden werden. Stattdessen sollte eine Regelung zur echten Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an neuen Wind- und Photovoltaik-Freiflächen-Projekten, wie z.B. mit Bürgerenergiegesellschaften, eingeführt werden.

Betroffenes geltendes Recht:

EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu];
Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (5):

1. SG2406210181 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

2. SG2406210184 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

3. SG2406210187 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

4. SG2407010010 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.07.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. SG2410010016 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.09.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.

WP) [alle SG dorthin]

7. Anpassung des EEG im Sinne der Energiegenossenschaften (Einzelthemen)

Beschreibung:

Mit Blick auf das Betätigungsfeld von Energiegenossenschaften sollen folgende Anpassungen vorgenommen werden:

- Streichung der dreijährigen Projektbeschränkung in § 22b Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2 Nr. 2, Abs. 5 EEG
- Ergänzung bezüglich der gesetzlichen (finanziellen) Förderung durch das EEG in § 22b Abs. 5 EEG
- Forderung nach einem Bürgerenergie-Gipfel zur Stärkung von Teilhabe und Akzeptanz
- Einführung einer Abnahmepflicht bei Direktvermarktern und Erhöhung der "Managementprämie" für EE-Anlagen unter 100 kW in § 21 EEG

Betroffenes geltendes Recht:

EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu];

Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. SG2407010011 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.07.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2410010018 (PDF - 9 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 10.09.2024 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Organe [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

3. [SG2410250017](#) (PDF - 5 Seiten)**Adressatenkreis:**

Versendet am 24.09.2024 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

4. [SG2411110031](#) (PDF - 3 Seiten)**Adressatenkreis:**

Versendet am 25.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Organe [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

8. Förderung und Finanzierung von genossenschaftlichen Wärmenetzen**Beschreibung:**

Ziel ist die Einführung von Instrumenten wie Bürgschaften oder KfW-Krediten mit Haftungsfreistellung, um Hemmnisse im Bereich der Finanzierung von genossenschaftlichen Wärmenetzen abzubauen. Darüber hinaus sollten die Förderbedingungen für Genossenschaften, die ein Wärmenetz planen und umsetzen wollen, verbessert werden. Eingeführt werden sollten spezielle Förderprogramme, welche insbesondere in der Phase der Projektentwicklung unterstützen.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [\[alle RV hierzu\]](#); Energienetze [\[alle RV hierzu\]](#); Erneuerbare Energien [\[alle RV hierzu\]](#); Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406210191 (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

9. Beteiligung von Genossenschaften an der Kommunalen Wärmeplanung

Beschreibung:

Durch das Wärmeplanungsgesetz werden die Länder aufgefordert, ihre Kommunen zur Wärmeplanung zu verpflichten. Bürgerschaftliche Akteure wie Genossenschaften können eine wichtige Rolle im Rahmen der Wärmewende spielen und müssen bei der Wärmeplanung frühzeitig beteiligt werden. Ziel ist es, die Beteiligung in sämtlichen Regelungen zu verankern und entsprechende Anreize zu schaffen.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 20/8654 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze

1. Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

WPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2406240054 (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

10. Novellierung der AVBFernwärmeV sowie der FFVAV

Beschreibung:

Die AVBFernwärme-Verordnung ist das zentrale Regelwerk für Wärmeversorgungsunternehmen. Ziel ist es, der besonderen Situation genossenschaftlicher bzw. bürgerschaftlich getragener Akteure mit der Novelle der Verordnung Rechnung zu tragen. Es sollen möglichst Ausnahmetatbestände geschaffen werden, um eine bürokratische Überlastung zu verhindern und Hemmnisse für diese Wärme-Akteure abzubauen. Gleiches gilt für die FFVAV, welche die Erfassung des Wärmeverbrauchs sowie umfassende Informationspflichten regelt.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Referentenentwurf zur Änderung der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme

Datum des Referentenentwurfs: 25.07.2022

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

FFVAV [alle RV hierzu]; AVBFernwärmeV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. SG2406240055 (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [alle SG dorthin]

2. SG2408210002 (PDF - 8 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.08.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

3. SG2412200136 (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.12.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.

WP) [alle SG dorthin]

11. Regelungen zur Nutzung von Bioenergie für Genossenschaften

Beschreibung:

Viele genossenschaftliche Wärmenetze werden nachhaltig mit Biomasse betrieben und nutzen diese effizient. Ziel ist es, dass auch zukünftig keine Einschränkungen bei der Nutzung von Biomasse in kleinen, genossenschaftlichen Wärmenetzen bestehen.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2406240056 (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.03.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.

WP) [alle SG dorthin]

2. SG2501230008 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.01.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.

WP) [alle SG dorthin]

12. Einführung / Anpassung von Förderprogrammen für Energiegenossenschaften

Beschreibung:

Mit Blick auf das Betätigungsfeld von Energiegenossenschaften sollen folgende Förderprogramme eingeführt bzw. angepasst werden:

- Die Förderrichtlinie „Bürgerenergiegesellschaften“ bei Windenergie an Land sollte praxisnah weiterentwickelt werden. Dazu gehört auch die Ausweitung der Förderung auf den Bereich Photovoltaik.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

13. Strommarktdesign der Zukunft

Beschreibung:

Der zunehmende Anteil an Strom aus erneuerbaren Energiequellen stellt den Strommarkt vor neue Herausforderungen. Dafür stehen vier Handlungsfelder (Flexibilitäten, lokale Signale, Kapazitäten und die Finanzierung der erneuerbaren Energien) in der Diskussion.

Bei der Gestaltung des Marktrahmens sollten kleine und mittelgroße Marktakteure wie die Energiegenossenschaften sowie dezentrale Lösungen besonders berücksichtigt werden. Ein unkomplizierter Finanzierungsrahmen sollte die Umsetzung von Erneuerbare-Energie-Projekten auf Grundlage von realen Erzeugungswerten sicherstellen.

Betroffenes geltendes Recht:

EEG 2014 [alle RV hierzu]; EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2410010025 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.09.2024 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Organe [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

14. **Novellierung der WPO**

Beschreibung:

Soweit sie Mitglieder der Wirtschaftsprüferkammer sind, sollte der zulässige Gesellschafterkreis einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft auch um genossenschaftliche Prüfungsverbände erweitert werden.

Referentenentwurf:

Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung der Wirtschaftsprüferordnung (20. WP) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Datum der Veröffentlichung: 23.10.2024

Federführendes Ministerium: BMWK (20. WP) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Bank- und Finanzwesen [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2411110032** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.10.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Organe [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

2. **SG2501230010** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.01.2025 an:

Bundestag

Gremien [\[alle SG dorthin\]](#)

Mitglieder des Bundestages [\[alle SG dorthin\]](#)

Organe [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz (BMJ) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20. WP) [\[alle SG dorthin\]](#)

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (4):

1. **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Dahlmannstr. 4, 53113 Bonn

Betrag: 10.850.001 bis 10.860.000 Euro

Zuwendungen als Projektförderung aus dem Bundeshaushalt: Förderung
entwicklungswichtiger Vorhaben der Sozialstruktur

Kapitel 2302 Titel 687 03

Erhaltene Mittel sind zweckgebunden zur Finanzierung der gemäß Projektanträgen (jeweils mit Projektkonzept und Finanzierungsplan) dargelegten Maßnahmen und der Personal- und Sachaufwendungen der Genossenschaftssystemförderung.

2. **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Dahlmannstr. 4, 53113 Bonn

Betrag: 320.001 bis 330.000 Euro

Zuwendungen als Projektförderung aus dem Bundeshaushalt: Sonderinitiative EineWelt
ohne Hunger

Kapitel 2310 Titel 896 31

Erhaltene Mittel sind zweckgebunden zur Finanzierung der gemäß Projektanträgen (jeweils mit Projektkonzept und Finanzierungsplan) dargelegten Maßnahmen und der Personal- und Sachaufwendungen der Genossenschaftssystemförderung.

3. **Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Wilhelmstraße 54, 10117 Berlin

Betrag: 10.001 bis 20.000 Euro

Zuwendungen für das Projekt mobileG als Modell- und Demonstrationsvorhaben der
Bekanntmachung LandMobil-unterwegs in ländlichen Räumen im Rahmen des
Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BULE)

Erhaltene Mittel sind zweckgebunden zur Finanzierung der gemäß Projektantrag (mit

Projektkonzept und Finanzierungsplan) dargelegten Maßnahmen und der Personal- und Sachaufwendungen.

4. Europäische Kommission

Europäische Union

Rue de la Loi / Wetstraat 170, 1049 Brüssel

Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro

Zuwendungen für das Projekt SHAREs im Rahmen EU-Förderprogramms Horizon 2020 gemeinsam mit einem Konsortium aus Österreich, Bulgarien, Georgien, Kroatien, Ungarn und Deutschland.

Erhaltene Mittel sind zweckgebunden zur Finanzierung der gemäß Projektantrag (mit Projektkonzept und Finanzierungsplan) dargelegten Maßnahmen und der Personal- und Sachaufwendungen.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

4.730.001 bis 4.740.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (3):

1. Genoverband e.V.
2. Genossenschaftsverband Bayern e. V.
3. Baden-Württembergischer Genossenschaftsverband e.V. (BWGV)

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[DGRV-Bilanz-und-GuV-2023.pdf](#)